TOP: 5a

I. Beschluss

Stadtrat

Sitzungsdatum 27.05.2009

öffentlich

Betreff:
Beitritt der Stadt Nürnberg zur Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg
hier: Antrag des Menschenrechtsbüros

Abstimmungsergebnis:

☐ **einstimmig**

☒ **angenommen/beschlossen, mit 2 Gegenstimmen**

☐ **abgelehnt, mit Stimmen**

Beschlusstext:
Die Stadt Nürnberg tritt der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg bei und übernimmt das Handlungsprogramm der Allianz als Grundlage für ihre kommunalen Maßnahmen gegen rechtsextremistische Einstellungen und Aktivitäten.

II. OBM / MRB

III. **Abdruck an:**

☐ Ref. I/OrgA ☐

☒ Ref. II/Stk ☐

☐ ☐

Vorsitzende(r):
gez. Dr. Ulrich Maly

Schriftführer(in):
gez. Baumgürtel

Betreff: **Beitritt der Stadt Nürnberg zur Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg**
hier: Antrag des Menschenrechtsbüros

Sachverhalt

Franken und insbesondere die Metropolregion Nürnberg sind zu einem Hauptaktionsgebiet der NPD und anderer rechtsextremistischer Vereinigungen geworden. Sie versuchen, ihr Auftreten in der Öffentlichkeit und ihre menschenverachtende Ideologie zu einem festen Bestandteil des Alltags zu machen.

Beispiele dafür, dass die rechtsextremistische Szene vor allem die Metropolregion im Visier hat, sind die Aufmärsche zum Todestag von Rudolf Hess zwischen 1988 und 2004 in Wunsiedel, die Demonstrationen in Gräfenberg seit 1999 und vor allem seit 2006, die Kundgebungen der NPD seit mehreren Jahren in Nürnberg, der Landesparteitag der NPD und der „Europatag" ihrer Jugendorganisation 2007 in Gremsdorf, der Bundesparteitag der NPD 2008 in Bamberg und der „Nationale Frankentag" des Bundes Frankenland e.V. und der NPD Jugend 2008 in Weißenohe. Im gleichen Jahr versuchte die neonazistische Partei, in Warmensteinach einen Gasthof zu erwerben, um dort ein Schulungszentrum einzurichten. Dazu kommen rechtsextremistische Aktivitäten in zahlreichen weiteren Orten der Metropolregion, darunter in Dietfurt, Neumarkt, Postbauer-Heng, Illesheim, Bad Windsheim, Neustadt an der Aisch sowie Diespeck und Schlüsselfeld, zwei Orte, deren jüdische Friedhöfe im Jahre 2007 von rechtsextremistischen Tätern geschändet wurden.

Jede Kommune in der Metropolregion kann unvermittelt und unvorbereitet von rechtsextremistischen Aktivitäten betroffen werden. Dieser Entwicklung muss mit aller Entschiedenheit entgegengewirkt werden. Deshalb sind alle Kommunen, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen aufgerufen, sich den Rechtsextremisten mit ihrer verfassungsfeindlichen Agitation entgegenzustellen. Ein klares öffentliches Eintreten für Vielfalt und Menschenrechte sind wichtige Signale dafür, dass wir in der Metropolregion unsere demokratischen Werte entschlossen verteidigen.

Gründung der Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg
Am 19. März 2009 wurde auf Initiative des Menschenrechtsbüros im Historischen Rathaussaal der Stadt Nürnberg die „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg" gegründet und ein erstes Handlungsprogramm als Arbeitsgrundlage vorgelegt. An der Gründungsversammlung nahmen insgesamt 291 Personen teil, darunter die Vertreterinnen und Vertreter von 134 Kommunen und Landkreisen.

Ziele der Allianz
Der „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg" geht es vor allem darum,

- den Widerstand gegen rechtsextremistische Aktivitäten zu stärken und möglichst viele Menschen bei aktuellen Anlässen zu mobilisieren;
- eine offensive öffentliche Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus zu fördern;
- die Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen zu intensivieren;
- den Austausch von Erfahrungen, Informationen und best-practice-Beispielen durch regelmäßige Tagungen und durch eine Website zu unterstützen;

- regionale und überregionale Aktionen gegen Rechtsextremismus zu organisieren und zu koordinieren; und
- bisher noch nicht betroffene Städte und Gemeinden zu sensibilisieren und für eine Mitwirkung in der Allianz zu gewinnen.

Es ist unverzichtbar, gemeinsam auf rechtsextremistische Aufmärsche zu reagieren, um den Neonazis mit ihren Parolen nicht kampflos die Straße zu überlassen. Es ist jedoch ebenso unverzichtbar, mit einer langfristig angelegten Strategie inhaltlich in die Offensive zu gehen, um der antidemokratischen und menschenverachtenden Ideologie der Rechtsextremisten den Boden zu entziehen.

Handlungsprogramm
Die Arbeitsgrundlage der „Allianz gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg" bildet ein Handlungsprogramm, das in seiner ersten Fassung vorliegt und zehn Handlungsfelder mit Vorschlägen für kommunale und zivilgesellschaftliche Aktivitäten enthält. Dabei spielt die Präventionsarbeit eine besonders wichtige Rolle, um dem Einfluss des braunen Gedankenguts der Rechtsextremisten erfolgversprechend entgegenzuwirken.

Koordinierungsgruppe
Am 19. März 2009 wurde bei der Gründungstagung in Nürnberg eine vorläufige Koordinierungsgruppe für die weitere Arbeit der Allianz gewählt. Sie setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern einzelner Kommunen, der Kirchen und zivilgesellschaftlicher Gruppen in der Metropolregion zusammen:

- Aktionsbündnis gegen Rechts / Neumarkt, Dietfurt
- Bamberger Bündnis gegen Rechtsextremismus
- Bürgerbewegung für Menschenwürde in Mittelfranken e.V.
- Bürgerforum Gräfenberg
- Evangelisch-Lutherisches Dekanat Nürnberg
- Georg-Simon-Ohm-Hochschule Nürnberg
- Institut für sozialwissenschaftliche Forschung, Bildung und Beratung e.V.
- Katholische Stadtkirche Nürnberg
- Kreisjugendbüro Neumarkt in der Oberpfalz
- Kreisjugendring Forchheim
- Landskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus
- Menschenrechtsbüro der Stadt Nürnberg
- Projektstelle gegen Rechtsextremismus / Bayerisches Bündnis für Toleranz – Demokratie und Menschenwürde schützen
- Stadt Gräfenberg
- Stadt Wunsiedel

Die Koordinierungsgruppe wurde beauftragt,
- die erste ordentliche Mitgliederversammlung der Allianz, die am 24. Juli 2009 in Nürnberg stattfinden wird, einzuberufen und vorzubereiten sowie
- bis dahin eine Organisationsstruktur und eine Geschäftsordnung für die Allianz auszuarbeiten.

Geschäftsführung der Allianz
Die Geschäftsführung der Allianz wird vom Menschenrechtsbüro wahrgenommen.